



wiederholt erklärt, daß dieses Ermächtigungsgesetz ausschließlich bestimmt ist, den wirtschaftlichen Apparat der sozialen Einrichtungen der Arbeit der heutigen Zeit anzupassen, um so von ihnen zu retten, was unter der gegenwärtigen Not überhaupt gerettet werden kann. Ich muß es deshalb als im höchsten Grade bedenklich bezeichnen, wenn hier von verantwortlichen geistlichen Vertretern der katholischen Arbeiterpartei der Eindruck erweckt wird, als seien wir daran, die Wohlfahrt aus dem Staat überhaupt zu vertreiben. Die Ermächtigungsgesetzgebung hat in ihrer ersten Anwendung gerade dazu geführt, die Arbeitslosenunterstützung für den Winter sowie gewisse soziale Leistungen zu erhöhen, wie ich es bereits in München angekündigt hatte. Aus diesem Offenen Brief spricht ein so krasses Mißverständnis der Absichten und Auswirkungen, die der Wirtschaftsplan der Reichsregierung gerade in sozialer Hinsicht haben soll und haben wird, daß ich diese Verfallung der Bestrebungen der Reichsregierung nicht stark genug zurückweisen kann.

Sodann beschäftigt der Kanzler sich mit dem besonders umstrittenen Punkt des Wirtschaftsplanes, der in Aussicht genommenen

Regelung der Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Produkte,

die er nochmals als Notmaßnahmen bezeichnet. Gerade die Einfuhrkontingentierung, so betont der Kanzler, erhöht nicht die Preise, wie dies jede Zollschranke tut, sondern sie soll dazu dienen, den Absatz heimischer Erzeugnisse in den Vordergrund zu stellen. Sie ist also diejenige Form der Einfuhrregelung, welche

den Verbraucher am wenigsten trifft und die nationale Produktion schützt.

Das trifft umso mehr zu, als die Art der Kontingentierung den jeweiligen Ernte- und Markterhältnissen Rechnung tragen soll. Auch die deutsche Wirtschaft hat sich schon mit ausländischen Kontingenten abfinden müssen. Sie hat es getan, ohne jemals zu Notstandsmaßnahmen zu greifen. Ausdrücklich muß ich Gerüchten entgegen treten, als könnte unsere Kontingentierungspolitik möglicherweise unsere Währung gefährden. Diejenigen, die uns zu dieser Behauptung verleiten, widersprechen der Tatsache, daß die Kontingentierungspolitik in der Vergangenheit ununterbrochen die deutsche Wirtschaft im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren vor der völligen Zerrüttung schützte.

Das Schicksal der deutschen Landwirtschaft ist das Schicksal der Nation.

Aufgabe einer jeden Reichsregierung muß es sein, die Grundproduktion des Landes als Basis für die seelische und materielle Wiedergeburt der Nation zu schützen und dabei einen organischen Ausgleich zwischen den verschiedenen gerichteten Interessen der deutschen Wirtschaft zu weitreichend und so dauerhaft herbeizuführen als nur irgend möglich.

Die Reorganisation der Preußentasse

war eine Notwendigkeit geworden. Die Preußentasse wird auf das Reich übergeführt werden.

Nun zu einem weiteren besonders dringenden Problem unserer Wirtschaft, der Auslandsverschuldung. Wenn es auch gelungen ist, binnen kurzer Zeit über fünf Milliarden RM. ausländisches Kapital zurückzubekommen — ein Zeichen der ungebrochenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands — so ist ein abermaliger Abzug fremder Gelder doch gegenwärtig nicht möglich. Er würde die Wiedergeburt Deutschlands auf das schwerste gefährden. Es muß daher erwartet werden,

daß über das Bestehen des Stillhalteabkommens hinaus das Ausland die von ihm nach Deutschland geliehenen Gelder konsolidieren läßt.

Wir werden vor allem auf der Weltwirtschaftskonferenz in London darauf hinwirken, daß sich in den Gläubigerländern die Erkenntnis immer mehr durchdringt: Der Schuldner kann seine Verbindlichkeiten nur durch Zahlung in Waren erfüllen. Die Gläubigerländer können also nur dann mit der Abzahlung der deutschen Auslandsschulden rechnen, wenn sie bereit sind, deutsche Waren als Zahlung dieser Schulden entgegenzunehmen. Das heißt voraus, daß sie unseren Waren ihre Grenzen öffnen. Die Rückzahlung von Schulden zu verlangen und gleichzeitig die Grenzen gegenüber Waren zu verschließen, bedeutet den völligen Verzicht auf die zwingenden Gesetze wirtschaftlicher Logik.

Nur wenn die Grenzen des Auslandes frei sind, wird die Auslandsverschuldung Deutschlands in Höhe von etwa 20 Milliarden RM. seine untragbare Last bedeuten, welche die Initiative der deutschen Wirtschaft zu lähmen droht.

Trotz Ottawa darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß die Weltwirtschaftskonferenz in dieser Richtung die Fortschritte bringt, ohne die es nicht möglich sein wird, zu einer Besserung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt zu gelangen. Sind wir uns auch bewußt, daß der größte Teil der wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeit von uns selbst geleistet werden muß, so wird bei der starken Verflechtung Deutschlands mit der Weltwirtschaft auch auf dem Weltmarkt eine durchgreifende Besserung eintreten müssen, wenn die Wölker zu neuem Wohlstand zurückkehren wollen.

Tafel angestrichelter Arbeit und größter Spararbeit auf allen Gebieten der öffentlichen Wirtschaft liegen vor uns.

Das große Werk des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft fordert das Zusammengehen aller gutwilligen deutschen Männer aus allen Erwerbsständen und Gesellschaftsschichten in der von tiefstem sozialen Geist und Verantwortungsbewußtsein erfüllten echten Not- und Volksgemeinschaft.

Nur entschlossenes und wagemutiges Handeln in Anerkennung gegebener Tatsachen kann es schaffen.

Das Bild der wirtschaftlichen Lage wäre aber nicht vollständig ohne einen

kurzen Ausblick auf die Politik.

Ueberflüge Zweifler halten der Durchführung unserer Pläne die beiden Unsicherheitsfaktoren der auswärtigen und der inneren Politik entgegen. Auch wir überlegen die Schwierigkeiten der Lage nicht. Niemals aber kann Europa zur Ruhe kommen, niemals können die politischen Streitfragen beigelegt werden, die zwischen den Nationen bestehen, wenn Deutschland nicht die Grundrechte aller Völker gewährt werden. Sie allein sichern die Grundlage des Friedens und führen zu jener moralischen Abrüstung, die man so vielfach predigt. Unser Ziel ist nicht Unterstützung auf den Rüstungskurs unserer Nachbarn, sondern Abrüstung in ganz Europa und in der Welt, gleiches Recht und gleiche Sicherheit. Unser Ziel ist ein Zustand innerhalb Europas, in dem es keine Hegemonie und kein System politischer Bündnisse gibt, sondern wo die Völker in gegenseitiger Achtung ihrer nationalen und kulturellen Individualitäten ihren Menschheitsinteressen nachstreben können.

Wir wissen aber, daß wir dieses Ziel, das allein der Welt die politische und wirtschaftliche Stetigkeit geben wird, nur durch stärkste nationale Konzentration im Kampf um unsere Gleichberechtigung und unsere Selbstbestimmung verwirklichen können. Der Gedanke des sacrum imperium, des Heiligen Reiches, ist nicht, wie ein Teil der Auslandspresse es dargestellt hat, imperialistisch im Sinne hegemonialer Herrschaftsansprüche, er ist vielmehr der Ausdruck der großen abendlichen Völkerverbundenheit, wie ihn gerade die katholische Kirche durch Jahrhunderte ausstrahlen ließ, der Ausdruck deutscher Kulturverbundenheit im mitteleuropäischen Raum, auf den wir über den Materialismus des Tages hinweg wieder die Augen der jungen Generation richten wollen. Es wäre auf empfehlenswert, wenn manche Auslandsredaktionen ihre geographischen Kenntnisse dahin

## Ein angeblicher Brief des früheren Kronprinzen an Groener.

Eine Mystifikation?

O Köln, 15. Oktober.

Die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel, in dem sie auf das Dementi der Reichsregierung Bezug nimmt, daß der frühere Kronprinz als Reichsverweser in Aussicht genommen sei. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt hierzu, die Pläne, die den Herrn als „Reichsverweser“ einlegen, seien sehr weit gediehen. Der Kronprinz fühle sich seit langem als eine Art Reichsverweser und glaube, sich als Oberkontrolleur der Reichsminister betätigen zu können. Der Beweis liegt u. a. in einem Brief vor, den er am 1. April 1932 aus Cecilienhof an den Reichsverweser Groener in der Angelegenheit des SW-Verbots geschrieben habe. Aus nationalen Gründen müsse die Zeitung ablehnen, den Brief in vollem Wortlaut zu veröffentlichen. Aus dem Brief veröffentlicht die Zeitung dann die folgenden Stellen:

„Sie wissen, daß Sie seit November 1918 von nationalen Kreisen häufig sehr scharf angegriffen worden sind und daß ein großes Mißtrauen gegen Ihre Person gerade in diesen Kreisen bestanden hat. Ich persönlich habe, weil ich mich im Leben immer befreit habe, objektiv zu bleiben, in vielen Fällen für Sie gerade in diesen Kreisen eine Lücke gebrochen, ebenso wie für meinen Freund Schleicher. Gerade deswegen ist es mir besonders schmerzhaft, daß Sie den

Erlaß, der zur Auflösung der SW und SS geführt hat, mit Ihrem Namen gedeckt haben. Ich kann diesen Erlaß nur als einen schweren Fehler ansehen und für eine außerordentliche Gefahr für den inneren Frieden. Es ist mir auch unheimlich, wie gerade Sie als Reichsverweser das wunderbare Menschenmaterial, das sich in der SW und SS vereinigt hat und das dort eine wertvolle Erziehung genossen, zerlegen helfen.“

Das Blatt schreibt u. a. weiter, daß die entscheidenden Teile des Briefes sich der Veröffentlichung entzogen, zumal in der letzten schweren außenpolitischen Lage der Reichsregierung und des Reiches. Nur soviel sei gesagt, daß das Schreiben die unversämtesten Bedrohungen und Verleumdungen des Reichsbanners und der Sozialdemokratie enthalte, die ihm je zu Gesicht gekommen seien.

Der frühere Reichsverweser Groener übermittelte darauf folgende Erklärung:

„In einem Teil der Presse wird behauptet, der frühere Kronprinz habe am 1. April 1932, wegen des SW-Verbots einen Brief an mich geschrieben. Ich stelle fest, daß ein solcher Brief nie in meine Hände gelangt ist.“

Die „Rheinische Zeitung“ und ihr Vetter, der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Sollmann, werden sich sehr freuen müssen, ob der von ihnen veröffentlichte Brief tatsächlich geschrieben wurde (und dann also seine Adresse nicht erreicht hat), oder ob es eine Mystifikation zum Opfer gefallen sind.

## Politische Zwischenfälle.

Nationalsozialistische Hausjuchung in Berlin.

(Berlin, 15. Oktober.)

In Jochenitz wurde gestern kurz vor Mitternacht ein Lastkraftwagen, auf dem sich etwa 25 SA-Leute befanden, die eine Propaganda für die nationalsozialistische Bewegung veranfaßten, durch Polizeibeamte angehalten. Sämtliche Beteiligten wurden zwangsgewaltig und der Witzteilung 1 eingeliefert, wo sie nach Feststellung ihrer Person in den Morgenstunden wieder entlassen wurden.

Ein noch ungeklärter Vorgang spielte sich in einem Hause in der Frobendorferstraße ab. In die dortigen Räumlichkeiten der Deutschen Volksgemeinschaft drangen etwa 15-20 Nationalsozialisten ein und durchsuchten das Gebäude. Die Beteiligten entliefen unter dem Vorwand, sie seien in der Dunkelheit.

Zu einem ähnlichen Vorfall kam es in einem Wohnlokal des Stahlschloß. Hier drang eine größere Anzahl Nationalsozialisten ein, schlugen einige Stühle umher, die sich dort aufhielten, nieder und demolierten verschiedene Einrichtungsgegenstände. Herbeigerufenen Polizeibeamten gelang es nur unter Anwendung des Gummistocks, die Ruhe wiederherzustellen. Sieben Nationalsozialisten wurden zwangsgewaltig und der politischen Polizei zugeführt.

vervollkommen wollten, daß es deutsche Alpen und eine deutsche Wemmel gibt.

Auch in der inneren Politik streben wir aus einem Zustand größter Unsicherheit und Unsicherheit dem Ziele zu, das dem deutschen Volke die Zukunft, einen festen und gesicherten Boden zur Entfaltung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte bereiten soll. Seit der notwendig gewordenen Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, die sich innerhalb des großen und diesseitigen preußischen Verwaltungssystems ohne Schwierigkeiten vollziehen kann, ist

die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Reichsreform auf dem Wege. Schon im gegenwärtigen Übergangsstadium haben sich die Vorzüge einer engen Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen handgreiflich erwiesen.

Selbstverständlich beschäftigt die Reichsregierung nicht, da sie auf föderalistischem Boden steht, eine Reichsreform ohne die Erhaltung der Selbstständigkeit der preußischen Willensbildung durchzuführen, auf welche auch die anderen Länder mit Recht Wert legen. Nicht wir haben eine anormale Situation geschaffen, sie ist ein Produkt der Verantwortungsgemeinschaft und Unbeständigkeit unseres deutschen Parteiwesens. Wir haben allerdings den Entschluß gefunden, diese schleichende Krankheit abzukürzen, und wir versuchen sie schnellstens zu heilen. Ich frage:

Welche Partei oder Parteienverbände kann der Regierung, kann vor allem der schwerbedrängten deutschen Wirtschaft die notwendige Sicherheit geben?

Dreizehn Jahre lang konnte dieser Beweis geführt werden, dreizehn Jahre lang hatten die Parteien Zeit, das Volk zur Disziplin und zur Verantwortung zu erziehen. Wie lange soll Deutschland noch auf die Eintretigkeit und auf die Vernunft seiner Parteien warten?

Wer von uns ein Jurist fordert, der fordert das schärfste Experiment, das heute gemacht werden könnte.

Es ist vielmehr nötig, daß wir uns rasch für eine neue bessere Form der Staatsführung entscheiden, das allein ist heute die Forderung an die politische Vernunft.

Der Reichskanzler verwies darauf, daß er in dieser Auffassung eins mit Prälat Dr. Schreiber sei, und führte folgende Worte des Zentrumsabgeordneten aus dem Frühjahr an:

„Wenn Stunden der Versuchung für den politischen Radikalismus andauern, Methoden der Gewalt anzuwenden, da parlamentarische Lösungen sich als äußerst schwierig erweisen, dann muß der Staat wissen, daß er auch jenseits der parlamentarischen Regierungsform Existenzrechte in sich trägt, daß er Ruhe und Ordnung, Eigentum und Währung, Wiederaufbau der Wirtschaft und außenpolitisch unerlässliche Revisionen nach wie vor in die Hände zu nehmen hat. Niemand kann diesen Staat von dieser Aufgabe dispensieren, auch das Parlament nicht. Denn das Parlament ist kein Selbstzweck, sondern Diener des Staat und des Volkstums.“

Wenn also das Parlament, so fuhr der Kanzler fort, sich dieser Aufgabe des Neubaus des Reiches verlagern sollte, dann werden wir mit Dr. Schreiber und vermutlich mit der großen Mehrheit des deutschen Volkes die Ansicht vertreten.

Daß der Staat auch jenseits der parlamentarischen Regierungsform Existenzrechte in sich besitzt.

Es ist Zeit, daß das deutsche Volk endlich aus der Verwirrung der parteipolitischen Meinungen und Irrsinn heraustritt und sich auf die künftigen Ordnungen seiner Existenz bezieht. Je mehr sich diese Erkenntnis im deutschen Volk durchsetzt — ich glaube, sie ist nicht mehr aufzuhalten — desto mehr wird der marxistische Wahn vom Klassenkampf verschwinden. Das Volk wird sich wieder dessen erinnern, daß es aus Ständen und Berufen besteht, die alle einander brauchen und nicht aus feindlichen Klassen. Dies zu bewahren, ist aber

In einem Lokal in Tegel wurde ein Strafanwalts-Oberwachmeister von einer Anzahl Kommunisten angegriffen und im Gesicht erheblich verletzt. Der Hauptbeteiligte konnte festgenommen und der Witzteilung 1 im Polizeipräsidium eingeliefert werden.

## Vier Tote in Wien.

(Wien, 16. Oktober.)

Als heute vormittag ein nationalsozialistischer Demonstrationzug an dem Wiener Arbeitervorort Simmering gelegenen sozialdemokratischen Verbandshaus vorbeimarschierte, wurde er aus dem Verbandshaus heraus beschossen. Es kam zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten zu schweren Zusammenstoßen, worauf die Polizei das ganze Viertel absperzte, um Zugun fernzuhalten. Insgesamt wurden ein Polizeioberwacher und drei Nationalsozialisten getötet, etwa 15 Personen, zum großen Teil Nationalsozialisten, wurden mehr oder weniger erheblich verletzt. Die Polizei verhaftete im sozialdemokratischen Verbandshaus 45 Schußwunden und beschlagnahmte 70 Gewehre.

zunächst die Pflicht derjenigen Schichten, die sich zur wirtschaftlichen Führung berufen wollen, und denen die Regierung durch das Wirtschaftsprogramm die Möglichkeit gegeben hat, ihre Verantwortung wieder zu bekräftigen.

Endlich hat der Kanzler auf das Wort des Freiherrn von Wapf von der „Anonymität der politischen Verantwortung“ zu sprechen, deren Befreiung vom Reichsinnenminister als eine der dringenden verfassungsrechtlichen Aufgaben der Reichsregierung bezeichnet wurde. Besonders das arbeitende und notleidende Volk erwartet aber von der Regierung, daß sie auch die Anonymität der wirtschaftlichen Verantwortung beseitigt. Sie müssen, ich bin ein Feind aller Reglementierung und staatlicher Bevormundung. Die Reichsregierung ist es dem Volk schuldig, daß sie heimlichen und unsichtbaren wirtschaftlichen Mächten durch sichtbar persönliche Verantwortlichkeiten erlegt werden. Je mehr die Wirtschaft ihre Anonymität aus eigenem Antrieb beseitigt, desto geringer werden die Eingriffe der Staatsgewalt sein können. Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für die Zukunft, von deren Lösung es letzten Endes abhängen wird, wo die Grenzen zwischen der Staatsführung und der Privatwirtschaft zu ziehen ist.

Das Volk muß Klarheit und Selbstbestimmung in der Wirtschaftsführung, und es hat ein Recht darauf. Gerade das deutsche Volk muß nicht durch politische Geizhals, sondern durch seine Arbeit seine geschichtliche Größe und seine nationale Freiheit wieder gewinnen. Es muß vertrauen können und will daher sehen, daß es gut geführt wird.

Persönliche Verantwortung, meine Herren, das heißt nicht nur seinem eigenen Gewissen folgen, sondern auch dem Volk und seiner Regierung für alles wirtschaftliche Tun persönlich haften. Jeder deutscher Heimdienstbesitzer: Freiheit ist Dienst. Wessen wir unsere Handlungen an diesem konservativen Geist der Verantwortung, dann werden wir das Volk aus der Anarchie der politischen Meinungen und Weltanschauungen herausführen zu der Erkenntnis seiner elementaren Lebensnotwendigkeiten. In dieser Notzeit ist nur eine politische Weltanschauung berechtigt: Der Glaube an das deutsche Volk, der Glaube an unser deutsches Recht. Ihm gelten in dieser Stunde alle unsere Kräfte, unser Denken, Handeln und unser Gebet.

„Mit Hindenburg für ein neues Deutschland!“

Nach der Veranstaltung im Schloßhof in Naderborn nach der Reichskanzler an einem Empfang der Stadt Naderborn teil, bei dem ihm ein Trunk aus dem Pokal der Stadt geboten wurde. Von Naderborn fuhr der Kanzler im Auto nach seiner Heimatstadt Wetzl, wo er seine Familienangehörigen kurz begrüßte. Vor dem Gemeindehaus hatte sich eine größere Menge angesammelt, an die Herr von Papen einige herzliche Worte richtete und auch seine eigenen Dankworte hat, mit ihm zusammen am Wiederaufstieg Deutschlands zu arbeiten. Dann fuhr der Kanzler nach Dortmund, von wo er am späten Abend die Heimreise nach Berlin antrat.

## Einigung im deutsch-italienischen Zahlungsverkehr.

+ Rom, 16. Oktober.

In Verfolg der weiteren Versprechungen zwischen deutschen und italienischen Vertretern über die Frage der Zahlungen im Handelsverkehr ist eine völlige Einigung erzielt worden. Am 17. Oktober 1932 tritt das italienische Dekret außer Kraft, durch das am 1. Oktober von Italien einseitig ein Devisenkontrollationsverbot zwischen Deutschland und Italien eingeführt werden sollte. Von diesem Tage ab gelten also für die Bezahlung deutscher Waren in Italien wieder die allgemeinen Regeln; alle Sonderbeschränkungen gegenüber Deutschland sind aufgehoben.

Für die Bezahlung italienischer Waren in Deutschland gelten die allgemeinen deutschen Devisenvorschriften. Außerdem ist die sogenannte Schwedenklausel vereinbart worden, durch die festgelegt wird, daß durch die Währungsreform auf ein Sonderkonto das frühere Verhältnis zwischen der deutsch-italienischen Gesamteinfuhr und Gesamtausfuhr nicht verändert werden darf.

## Warum Deutschland Genf ablehnt.

ONB Berlin, 16. Oktober.

Wenn sich Frankreich und England jetzt in London dahin geeinigt haben, daß die Völkerversammlung lediglich einen vorbereitenden Charakter haben sollte, so deutet dies die Ansicht durchaus mit der deutschen. Wenn nun aber die Franzosen diese vorbereitenden Erörterungen in den Rahmen des Völkerbundes stellen wollen, so ist dies völlig widersinnig. Es ist auch gar nicht die wahre Absicht der Franzosen, die Konferenz in Beziehung zum Völkerbunde zu setzen, sondern es handelt sich lediglich um ein Mandat. Deutschland wieder an die Völkerversammlung anzuschließen. Da der deutsche Standpunkt gegen die Beteiligung der Konferenz schon vor einer Woche dem englischen Geschäftsträger gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist, muß die jetzt erfolgte Einladung nach Genf in Deutschland als eine Demütigung angesehen werden. Diese Auffassung kommt auch ganz offen in der französischen Presse zum Ausdruck. Im übrigen zeigt auch das Auftreten des französischen Delegierten in Genf, Maffioli, und sein Verhalten gegen die deutsche Politik, in welche Lage Deutschland bei einer Völkerversammlung in Genf kommen würde.

Deutschland kann, was die Frage der Konferenz anbetrifft, als Gläubiger der Abrüstung, in Ruhe abwarten, ob die drei übrigen Konferenzpartner ohne Deutschland zusammenkommen werden, umso mehr als der deutsche Standpunkt ganz eindeutig festgelegt ist. Zu dem ursprünglichen französischen Wunsch auf eine Erweiterung der Konferenz hat Deutschland von vornherein erklärt, daß es keine Einwendungen gegen die Zugabe weiterer Mächte zu erheben hätte, allerdings als Voraussetzung fordere, daß nicht nur die französischen Verbündeten, sondern auch hinzugezogen würden. Damit wäre aber, wie von Deutschland ebenfalls sofort erklärt worden ist, der Konferenz ein ganz anderer Charakter gegeben worden und die Großmächte hätten vorher doch die Methode der Verhandlungen festlegen müssen. Offenbar aus der Erkenntnis dieser Tatsache heraus hat Frankreich nicht weiter auf seine Forderung nach Erweiterung des Rahmens der Konferenz bestanden.

## Unbegründete Gerüchte über Wilhelm II.

Haag, 14. Oktober.

Englische Blätter haben behauptet, der ehemalige deutsche Kaiser werde sich am 20. Oktober nach Rotterdam begeben um an der Hochzeit einer Tochter des ehemaligen Herzogs von Koburg mit einem schwedischen Prinzen teilzunehmen. Diese Meldung wird vom Haus Doorn entschieden dementiert. Auch von maßgebender holländischer Stelle wird versichert, daß von der Absicht des ehemaligen Kaisers, nach Deutschland zu reisen, nichts bekannt ist.

## Der Stahlhelm an Hitler.

Berlin, 15. Oktober.

Die Bundesführer des Stahlhelms haben eine Stellungnahme zu den letzten Ereignissen in Hamburg veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Unter dem erschütternden Eindruck der Hamburger Blutopfer wenden wir uns nochmals an den verantwortlichen Führer Hitler, der, wenn er wollte, dem Blutvergießen ein Ende machen könnte. Nicht die einzelnen Mitglieder der NSDAP sind die wahren Schuldigen, sondern die Führer, Redner und Schriftleiter der NSDAP, die einen hemmungslosen und unerwarteten Fah gegen jeden Leben predigen, der nicht ihrer politischen Ansicht ist. Sie trifft in erster Linie die volle Verantwortung für das täglich vergossene deutsche Blut und die schweren Leiden in den betroffenen deutschen Familien.

## Einweihung des neuen amerikanischen Bundesgerichtes.

Das anstrengende Handelschiffen.

+ Washington, 14. Oktober.

In Anwesenheit von 4000 Personen, darunter des früheren Vizekönigs von Indien, Lord Reading, letzte Präsident Hoover, des Chief Justices des neuen Gebäudes des Obersten Gerichtshofes. Der fast vollendete Bau wird insgesamt 10 Millionen Dollar kosten. Bei dieser Gelegenheit fand im Weißen Haus ein großer Empfang statt. Nachdem Hoover mehr als 1000 Personen die Hand gedrückt hatte, bemerkte er an seiner rechten Hand eine leichte Verletzung, die wahrscheinlich durch das Einschlagen eines Ringes entstanden war. Auf den Rat seines Arztes zog sich der Präsident hierauf in seine Wohnung zurück.

## Kleine Nachrichten.

Bei einem Empfang der Internationalen Presse durch die deutsche Delegation in Genf hat der deutsche Hauptdelegierte von Rosenfeld eingeleitet auf die Rede des französischen Delegierten Maffioli im Unterabschluß für die Truppenbekämpfung der Völkerversammlung über die deutsche Polizei geantwortet. Er schilderte die bekannte Organisation der Schutzpolizei, die in seiner Weise militärischen Zwecken dient.

Unter Beteiligung des Bundespräsidenten und der österreichischen Bundesregierung wurde gestern der neuernannte Erzbischof Dr. Sanner vom päpstlichen Nuntius zum Bischof geweiht.

In den französischen Departements, deren Namen mit dem Buchstaben A bis O beginnen, fanden gestern Erhebungen für den Senat statt. Unter den jetzt gewählten Politikern befinden sich u. a. Doumergue, der ehemalige Finanzminister Charles Dumont und Kriegsminister Paul Boncour. Nach zwei Wahlgängen waren 80 von 111 Sitzen vergeben, für 25 war ein dritter Wahlgang nötig.

## 2400 RM. Fälschungsgehalt geraubt.

(Bremen, 15. Oktober.) In Burgdam bei Bremen wurden gestern Nacht von Dieben, die durch das Fenster in das Gemeindefürsorgeamt eingedrungen waren und den Kassenschatz erbeutet hatten, etwa 2400 RM. Fälschungsgehalt geraubt, die heute ausgegibt werden sollten. Diebstahls- und Kriminalpolizei aus Wesermünde und Bremen sind mit den Ermittlungen beschäftigt. Die Unternehmungen konnten heute trotzdem zur Auszahlung kommen.

## Das zweite Kaiser-Schiff im Remei-See gehoben.

(Rom, 15. Oktober.) Das zweite Kaiser-Schiff in Remei-See ist nun vollständig freigelegt und gehoben worden. Es befindet sich jetzt neben dem ersten Kaiser-Schiff.

Antikler Ang.  
Landratsamt  
von Bürgermei  
und Kämtern  
Borlen

Schlichte  
Bosch, Reall  
Fernsprech-Ga  
8054. — A h  
Heinrichs. —  
W. Wolling. —  
Th. Baras. —  
Burg: Johann  
Ningender  
bertions. — D  
Willy Sch  
Orga  
der Zentrum

Nummer

Die

Der Pm  
Dr. Hack

Der

In der mün  
Führer und Wg  
partei mit den w  
treten der Zent  
Provinz Hannover  
verfammelt, mit  
Wahlkampfe  
im August Reich  
schaftsprogramm  
des Westfälische  
stimmung für sein  
Kaufspiel des  
zu sprechen für n  
ner und Frauen  
Volkes, die in Tr  
erprobten Zentru  
sehen, um einer  
deren Experiment  
einer Revision zu

Um drei Uhr  
Lagen voll beset  
nerpult stand, sah  
trumsparlamentar  
der münsterland  
Vizepräsident des  
ger und der Vor  
Reichstags, Dr. A  
mächtigen Han  
präsident Cron  
als Regierungss  
Staatssekretär Dr  
Driehen und  
des Landtags W  
tionsvorsitzende  
geordnete Domp  
abgeordneten Prä  
Wegmann, der  
partei Zustizrat  
ner aus der Füh  
fanden. Dann er  
den der Westfälis  
Parteilührer Prä  
a. D. Brünig

Die

Der Vorkhen  
Dr. Kaas führte,  
pult mit Händel

Die

die Politik d  
und die B

folgendes aus:  
In den vergang  
zustand mit leide  
Leider bin ich den  
nicht nicht gew  
Vollst geshaffen, w  
leitung dieses für d  
ipiellos wichti  
ten Wahlkamp

Klarheit darü  
Deutschen Zent  
Inhalt und Si

Dabei verlag  
heres Eingeh  
auf wirtschaftl  
Begen der zentral  
auf deren mutige  
nahme Tausende  
wirtschaftlichen, han  
trieben kam dem  
berber Ungeduld  
rung warten, wünsch  
sonders berufenen  
terung soll nicht  
Zweckbetragung er  
Sachergebnis schme

## Die Kampfber

Zunächst noch  
nicht bei uns, sonder  
Bemerkung: Man h  
Monaten da und  
der Zentrumspr  
wachsen hören, mein  
verschiedene Auffa  
Wamen. Dabei ist a